

Sessionsbericht

Nr. 12 / Winter 2022

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Nik Gugger, ZH
Lilian Studer, AG
Marc Jost, BE

nik.gugger@parl.ch
lilian.studer@parl.ch
marc.jost@parl.ch

079 385 35 35
076 575 24 77
076 206 57 57



Foto: Rebekka Suter



Foto: Rebekka Suter

In diesem Bericht	Seite
Initiative für eine 13. AHV-Rente	2
Nur Ja heisst Ja!	2
Budget 2023	3
Recht auf gesunde Umwelt und Rechte der Natur	3
OECD-Mindeststeuer	4
Konzernverantwortungsgesetz	4
Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025	5
Erste Session im Nationalrat	5
Bundesratswahlen	6
National- und Ständeratspräsidium 2023	6
Eingereichte Vorstösse	7

Liebe Leserinnen und Leser

Ganz so besinnlich wie es der Weihnachtsbaum im Bundeshaus vermuten lässt, ging es auch in dieser Wintersession nicht zu und her. Krieg, Corona, Klimawandel... die Sorgen wachsen. Sorgen und Herausforderungen, die uns hier im Bundehaus beschäftigen, mit denen wir alle uns aber auch konkret im Alltag konfrontiert sehen. Ein Gefühl der Aussichtslosigkeit könnte schnell über uns kommen. Dankbar sind wir, dass wir gerade in solchen Momenten trotz der jeweils schwierigen Situation immer wieder die Gewissheit des Gehaltenseins und der Hoffnung erleben dürfen. Diese Zuversicht dürfen wir aus dem Brief von Paulus an die Gemeinde in Rom schöpfen:

«Denn wir wissen: Bedrängnis schafft Beharrlichkeit, Beharrlichkeit aber Bewährung, Bewährung aber Hoffnung.» (Römer 5; 3-4)

Mit dieser Zusage von Paulus engagieren wir uns als EVP-Nationalratsmitglieder mit Überzeugung für die Gesellschaft und gehen voller Zuversicht ins Wahljahr 2023. Danke für alle eure Unterstützung und Gebete im 2022. Wir wünschen euch von Herzen eine frohe Weihnachtszeit und ein gesegnetes 2023.

Herzliche Grüsse, Nik, Lilian und Marc

Initiative für eine 13. AHV-Rente

Weshalb die EVP dieses Volksbegehren ohne Gegenvorschlag ablehnt

In der letzten Sessionswoche behandelte der Nationalrat die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Die Initiative wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eingereicht und fordert für alle Bezügerinnen und Bezüger einen Zuschlag in Höhe einer 13. Monatsrente. Nach einer sechsstündigen Debatte hat der Nationalrat die Initiative mit 123 zu 67 Stimmen ohne Enthaltungen deutlich abgelehnt. Die Ratsmehrheit, zu der auch wir von der EVP gehörten, setzte sich gegen links-grün durch.

Die EVP unterstützt weiterhin das Anliegen, allen Menschen in der Schweiz ein Alter in Würde und gesicherter wirtschaftlicher Existenz zu ermöglichen. Das vorgeschlagene Giesskannenprinzip der Initiative ist hierfür jedoch der falsche Weg. Es leuchtet nicht ein, weshalb Rentnerinnen und Rentner aus hohen Einkommensklassen ebenfalls in den Genuss einer 13. AHV-Rente kommen sollten. Um Altersarmut effektiv zu bekämpfen, müssen die Gelder bedarfsgerecht und gezielt eingesetzt werden.

Als EVP-Nationalratsmitglieder sind wir klar der Überzeugung, dass der Vorschlag der Initiative kein effektives Mittel ist, um Altersarmut zu bekämpfen. Im Gegenteil: Er gefährdet die langfristigen Finanzierungsperspektiven unseres wichtigsten Pfeilers der Altersvorsorge, der AHV insgesamt. Auch die fehlenden Spielräume im Bundeshaushalt lassen eine solche Mittelverteilung mit der Giesskanne nicht zu.

Im gleichen Zug verlangt der Initiativtext, dass die zusätzliche Rente weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zu einem Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führen dürfe. Dies widerspricht jedoch aus unserer Sicht dem Grundprinzip der Bedarfsorientierung der Ergänzungsleistungen.

Wir müssen die Altersvorsorge von Menschen mit kleineren Einkommen gezielt verbessern. Das machen wir einerseits mit der Überarbeitung der zweiten Säule. Andererseits müssten aus Sicht der EVP die bestehenden Ergänzungsleistungen der Kantone überprüft und, wo tatsächlicher Bedarf besteht, auch erhöht werden. Altersarmut ist ein reales Problem in unserem Land. Sie ist aber leider nach wie vor auch ein Tabuthema. Umso wichtiger ist es deshalb in diesem Zusammenhang, dem Bezug von Ergänzungsleistungen das entwürdigende Stigma zu nehmen, das ihm häufig noch anhaftet.

[Zum ganzen Votum von Nik >>>](#)

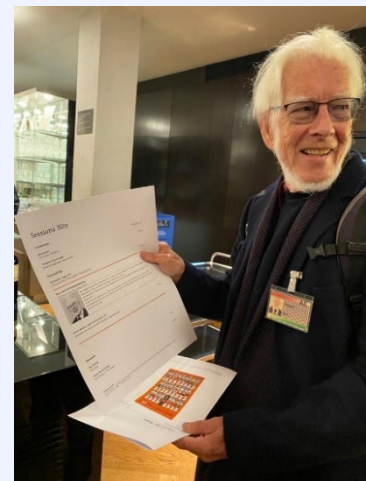
Nur Ja heisst Ja!

Verschärfung des Sexualstrafrechts als wichtiges Zeichen

Der Nationalrat hat eine Verschärfung des Sexualstrafrechts beschlossen und es der gesellschaftlichen Realität angepasst. Die EVP-Ratsmitglieder unterstützten dabei die sogenannte Zustimmungslösung «Nur Ja heisst Ja». Eine sexuelle Handlung soll dann als sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung geahndet werden, wenn sie «ohne die Einwilligung»

Kulinarischer Leckerbissen

Der Berner Alt-EVP-Nationalrat Otto Zwygart (1983-2000) besuchte uns wie in jeder Session im Bundeshaus. Erfreut stellte er fest, dass der «Wintersessions-Hit» in der Galerie des Alpes (Restaurant des Bundeshauses) sein hauseigenes Rezept serviert.



der betroffenen Person vorgenommen wurde. Der Ständerat hat sich für die Widerspruchslösung «Nein heisst Nein» ausgesprochen, also die Strafbarkeit sexueller Handlungen «gegen den Willen» einer Person. Der Unterschied scheint auf den ersten Blick nicht gross. Gesellschaftlich und politisch aber wird mit der «Ja heisst Ja»-Lösung ein klares Signal ausgesendet, dass niemand einfach über den Körper eines anderen verfügen kann. Die Diskussion geht nun weiter. Zudem beschloss der Nationalrat mit Unterstützung der EVP-Ratsmitglieder weitere Verschärfungen: Neu sollen sexuelle Handlungen mit bis zu 16-jährigen Kindern unverjährbar sein statt wie bisher mit bis zu 12-Jährigen. Bei einer Vergewaltigung mit Nötigung sollen die Vergewaltiger künftig zwingend ins Gefängnis. Der Nationalrat erhöhte hier die Mindeststrafe auf über zwei Jahre, damit Täter künftig nicht mehr mit einer bedingten Gefängnisstrafe davonkommen.

Budget 2023

Parlament folgt im Wesentlichen dem Voranschlag des Bundesrates

Das Parlament hat das [Budget 2023](#) genehmigt. Der Voranschlag, den der Bundesrat dem Parlament unterbreitet hatte, sah bei ordentlichen Einnahmen von 79,8 Milliarden Franken Ausgaben von 80,5 Milliarden Franken vor. Das Parlament ist den Anträgen des Bundesrates und der vorberatenden Kommissionen im Wesentlichen gefolgt. Einige Aufstockungen von insgesamt 14,1 Millionen Franken wurden noch vorgenommen. So beschloss die Kammern zusätzliche 6,2 Millionen Franken für die Absatzförderung von Schweizer Wein (EVP-NR lehnten dies ab), vier Millionen Franken mehr für den Herdenschutz und 3,9 Millionen Franken zusätzliche Mittel für die Erhaltung von einheimischer Nutztierassen (EVP-NR dafür). Damit beschloss das Parlament, trotz der düsteren Finanzaussichten für den Bundeshaushalt ab 2024, ein Gesamtbudget mit einem ordentlichen Finanzierungsdefizit von 683 Millionen Franken. Gemäss den Regeln der Schuldenbremse wäre aufgrund der konjunkturellen Lage ein Minus von bis zu 878 Millionen Franken möglich gewesen. Ausserordentliche Ausgaben wurden zudem im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg ausgesprochen: 1,8 Milliarden Franken Nachtragskredit wurden für die Migration aus der Ukraine gutgeheissen.

Recht auf gesunde Umwelt und Rechte der Natur

Fünf parlamentarische Initiativen – zwei Forderungen

Gleich fünf eingereichte parlamentarischen Initiativen (darunter auch eine von Nik) wurden gemeinsam behandelt, da sie ähnliche Forderungen beinhalten. Die erste Forderung lautet, dass die Menschen das Recht auf eine Umwelt haben sollen, die ihnen nicht schadet. Juristisch gesehen stellt diese Forderung kein Problem dar und hängt lediglich vom politischen Willen ab. International wurden solche Schutzmassnahmen in unterschiedlichen Ländern schon in die Gesetzgebung aufgenommen. Das zweite Anliegen ist schwieriger zu verstehen. Die Initiativen fordern, dass der Natur teilweise der Status eines Rechtssubjekts zuerkannt werden soll. Klar ist, die

Updates zu unseren Motionen

Kinder und Jugendliche vor Pornografie schützen

Nik's Motion «banporn4kids» bleibt weiter im Ständerat hängig. Nachdem der Nationalrat der Motion deutlich zugestimmt hatte, standen die Chancen im Ständerat ebenfalls gut. Die zuständige Kommission KVF empfahl mit neun zu null Stimmen (bei zwei Enthaltungen), der Motion zuzustimmen. Da SR Andrea Caroni (FDP/AR) einen Mitbericht der Rechtskommission verlangte, wird die Motion nun voraussichtlich erst in der kommenden Frühlingssession behandelt. Nik erhält nun dadurch die Gelegenheit, in der KVF vorzusprechen – vielen Dank für Ihre Gebete um Weisheit.

Rechtliche Ankererkennung der Gebärdensprache

Nach dem Nationalrat hat der Ständerat ohne Gegenstimme eine Kommissionsmotion des Nationalrates zur rechtlichen Anerkennung der Gebärdensprache und verbesserter Gleichstellung unterstützt. Über die nationalrätliche Debatte haben wir schon in der Sommersession geschrieben. Lilian hatte den Antrag für diese Kommissionsmotion eingebracht und war zudem auch Kommissionssprecherin bei der nationalrätlichen Debatte. Somit war die Freude nach dem ständerätlichen Entscheid gross.

«Entgegen allen Widrigkeiten»

Die Buch-Vernissage von Nik am Tag vor den Bundesratswahlen war ein toller Erfolg. Moderiert wurde sie von Ständerat Daniel Jositsch (SP/ZH). Mehr als 60 Personen aus acht verschiedenen Ländern wohnten der Vernissage bei. Das Buch soll Leserinnen und Lesern eine Ermutigung und Inspiration sein.

Vielleicht landet dieses Buch ja bei einigen als Geschenk unter dem Weihnachtsbaum. 😊 Es kann hier bestellt werden (mit Code «EVP20» erhalten Sie 20% Rabatt):

[Buchbestellung Werd-Weber-Verlag](#)



Nik und Daniel Jositsch mit dem Buch «Entgegen allen Widrigkeiten»

Idee ist visionär und trotzdem ist es ein altbekanntes System. Es geht nämlich darum, die Interessen der Natur zu schützen, weil die Natur an sich schützenswert ist.

Die EVP ist klar der Ansicht, dass wir Menschen den Auftrag und die Verantwortung erhalten haben, die Schöpfung zu wahren und die Natur zu bewahren. Die Zeiten haben sich gewandelt: Früher war der Mensch Opfer der Natur, er musste sich vor ihr schützen. In den letzten Jahrzehnten hat der Mensch gegenüber der Natur enorm an Macht gewonnen, darum gibt es Handlungsbedarf. Visionäre Ansätze wären auf dem Tisch gelegen.

Die knappe bürgerliche Ratsmehrheit lehnte jedoch alle fünf Initiativen ab und verpasste somit leider die Chance, in dieser wichtigen Frage vorwärtszumachen.

[Zum ganzen Votum von Nik >>>](#)

OECD-Mindeststeuer

[Parlament entscheidet sich für 75/25 Verteilungsschlüssel des Überschusses](#)

Die neue globale OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent für international tätige Konzerne mit einem Umsatz über 750 Millionen Euro soll in der Schweiz ab dem 1. Januar 2024 in Kraft treten. Diese [neue Regelung](#) wird voraussichtlich zu Mehreinnahmen führen. Wie soll dieser Überschuss aufgeteilt werden? Bei diesem Punkt waren die beiden Parlamentskammern vorerst uneinig. Die grosse Kammer hätte sich gewünscht, dass die Hälfte (50/50) dieses Überschusses an den Bund geht. Die EVP-NR teilten diese Ansicht. Die kleine Kammer sah es allerdings anders: Sie folgte der Empfehlung des Bundesrates und der Kantone, wonach 75 Prozent der Mehreinnahmen in die Kassen der Standortkantone einfliessen sollten, und nur noch 25 Prozent an den Bund. Diese Lösung ist aus Sicht der EVP-NR nicht zielführend, weil die steuergünstigen Kantone am meisten davon profitieren werden. Somit geht die Schere zwischen Hoch- und Tiefsteuernkantonen weiter auf. In der Einigungskonferenz konnte sich der Ständerat jedoch durchsetzen mit 75/25. Da dieser Beschluss eine Verfassungsänderung nach sich zieht, wird das Schlusswort allerdings erst in der Volksabstimmung gesprochen. Diese wird am 18. Juni 2023 stattfinden.

217'509 Unterschriften für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz!

Am 01. Dezember reichte die [Koalition für Konzernverantwortung](#) eine von der Bevölkerung massiv unterstützte Petition ein. Auch NR Nik Gugger und Marc Jost waren bei der Übergabe dabei. Mit dieser Petition möchte man den Bundesrat eindringlich daran erinnern, sein Versprechen aus der Abstimmungskampagne einzuhalten. Der Bundesrat hatte nämlich versprochen, dass die Schweiz international Schritt halten würde. Es kann nicht sein, dass wir das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortungs-

Todesurteile für Protestteilnahme im Iran

Das iranische Regime verurteilt ihre Bürgerinnen und Bürger zum Tode, weil sie an Demonstrationen teilgenommen haben. Lilian engagiert sich als Co-Präsidentin des Free-Iran-Patronatskomitees und versucht so, den politischen Druck aufrecht zu erhalten.



Die Mitglieder des Patronatskomitees für zum Tode Verurteilte im Iran halten die Bilder ihrer «Patenkinder» hoch (v.l.): Marianne Binder (Mitte), Doris Fiala (FDP), Fabian Molina (SP), Sibel Arslan (Grüne) und Lilian Studer (EVP). Es fehlt auf dem Foto Corina Gredig (GLP).

Bild: Aargauer Zeitung



Marc und Nik bei der Einreichung der beachtlichen Anzahl Unterschriften für die Petition.

gesetz sind. Darum ist die Forderung der Petition klar: Die Politik muss rasch damit beginnen, ein echtes Konzernverantwortungsgesetz zu erarbeiten. Nur dann kann dieses gleichzeitig mit dem EU-Gesetz in Kraft treten. Dass sich so viele Menschen in nur gerade hundert Tagen hinter dieser Petition gestellt haben, setzt es ein starkes Signal und ist ein riesiger Erfolg. Herzlichen Dank auch an alle unter euch, die diese Petition mitunterstützt haben!

[Nik Gugger erklärt die Petition im Teletop-Beitrag >>>](#)

Austragung der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025 in der Schweiz

Erklärung des Nationalrates

Der Schweizerische Fussballverband hat seine Kandidatur für die Schweiz als Austragungsort für die Frauenfussball-Europameisterschaft 2025 bei der UEFA eingereicht. Um auch ein politisches Signal zu setzen, dass das Parlament sich diese Austragung wünscht und hinter dieser Eingabe stehen, wurde über eine Kommissionserklärung diskutiert. Lilian hatte einen solchen Antrag in der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur gestellt, die Kommission unterstützte diesen Vorschlag. Da kein Minderheitsantrag im Rat vorlag wurde die Erklärung stillschweigend mit vorgängigen vielen wohlwollenden und wenigen kritischen Wortmeldungen unterstützt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

«Einen Tag nach der WM-Qualifikation des Nationalteams hat der Schweizerische Fussballverband im Oktober die Schweizer Kandidatur für den grössten Frauen-Sportanlass Europas im Jahr 2025 eingereicht. Acht Städte stehen als Austragungsorte bereit. Bislang sind von Städten und Kantonen namhafte Verpflichtungskredite und Finanzhilfen zugesprochen worden, sollte die Schweiz den Zuschlag erhalten. Anfangs 2023 soll der Entscheid seitens UEFA gefällt werden.»

Mit dieser Erklärung möchten wir klar zum Ausdruck bringen, dass auch die nationale Politik hinter diesem Vorhaben steht. Die Durchführung der grössten frauenspezifischen Sportveranstaltung Europas ist eine grosse Chance für die Schweiz, sich dem Kontinent zu präsentieren. Und zwar als sportliche, freundliche und kompetente Gastgeberin eines nachhaltigen Turniers mit vollständig bestehender Infrastruktur, Stadien, Hotels und kurzen Distanzen auf einem bestens funktionierendem Verkehrsnetz.

[Zum ganzen Kommissionsvotum von Lilian >>>](#)

Erste Session im Nationalrat

Marc Jost blickt auf seine ersten drei Wochen als Nationalrat zurück

«Mit der Vereidigung am ersten Tag der Wintersession bin ich als Nationalrat gestartet. Ein eindrücklicher und bewegender Moment. Von Beginn weg

Sportlicher Besuch im Bundeshaus

Lilian, die selbst für den FC Helvetia aufläuft (Fussballteam der Bundeshaus-Parlamentarierinnen), unterstützt die Austragung der Fussball-EM der Frauen 2025 an vorderster politischer Front.



Lilian mit dem Juniorinnen-Fussballnationalteam

habe ich als Anfänger viel Unterstützung erfahren, nicht nur von meiner Partei, der Fraktion und den Parlamentsdiensten, sondern ganz grundsätzlich habe ich im Parlament eine «Willkommenskultur» erlebt mit grosser Hilfsbereitschaft. Das ist auch nötig, denn die Abläufe und Strukturen im Bundeshaus sind komplex und kurzfristig kaum zu erfassen. Lilian Studer und Nik Gugger haben mich in die Mitte genommen (Sitzordnung), so dass ich auf beiden Seiten Orientierung finde im Abstimmungsdschungel – wenn sie nicht grad anders stimmen; was auch mal vorkommen kann.»

Bundesratswahlen

Überraschender erster Bundesratssitz für den Kanton Jura

Weil mit Ueli Maurer (SVP/ZH) und Simonetta Sommaruga (SP/BE) gleich zwei Bundesräte ihren Rücktritt erklärten, kam es am 07. Dezember zu Ersatzwahlen. Für den freigewordenen SVP-Sitz konnte sich der frühere Parteipräsident Albert Rösti (BE) bereits im ersten Wahlgang gegen Hans-Ueli Vogt (ZH) durchsetzen. Mit 131 Stimmen wählte ihn die vereinigte Bundesversammlung zum 120. Bundesrat in der Geschichte der Schweiz.

Das Rennen um den SP-Sitz dauerte hingegen etwas länger. Erst nach dem dritten Wahlgang stand fest, dass mit Elisabeth Baume-Schneider der Kanton Jura zum ersten Mal in den Bundesrat einziehen wird. Sie setzte sich denkbar knapp gegen die Baslerin Eva Herzog durch. Die 123 Stimmen zugunsten von Elisabeth Baume-Schneider bedeuteten gleichzeitig das notwendige absolute Mehr. Die SP-Parteileitung wollte der Bundesversammlung ein reines Frauenticket zur Auswahl stellen. Daniel Jositsch (ZH), der sich im Vorfeld der Wahlen gegen dieses Vorgehen der Parteileitung ausgesprochen hatte, erzielte im ersten Wahlgang beachtliche 58 Stimmen. Etliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier goutierten das Vorgehen der SP-Spitze nicht und setzten so ein Zeichen.

Wir gratulieren Albert Rösti und Elisabeth Baume-Schneider ganz herzlich zur Wahl in den Bundesrat und wünschen ihnen viel Erfolg und Gottes Segen für die Ausübung dieses Amtes. Dem scheidenden Bundesrat Ueli Maurer und der scheidenden Bundesrätin Simonetta Sommaruga danken wir für ihren langjährigen Dienst in der Landesregierung und für die gute Zusammenarbeit. Dem Ehegatten von Frau Sommaruga wünschen wir weiterhin gute Genesung.

Als Bundesratspräsident für das Amtsjahr 2023 wurde zum zweiten Mal Alain Berset (SP/FR) gewählt. Viola Amherd (Mitte/VS) wurde mit einem Spitzenresultat zur Vizepräsidentin gewählt. Wir gratulieren zur Wahl.

National- und Ständeratspräsidium 2023

Martin Candinas (NR) und Brigitte Häberli (SR) Mitglieder unserer Fraktion

Der neue «höchste Schweizer» heisst Martin Candinas (Mitte) und stammt aus der bündnerischen Surselva. Er tritt die Nachfolge von Irene Kälin (GP/AG) als Nationalratspräsident für das Amtsjahr 2023 an. Mit ihm erhält

Vereidigung als neuer Nationalrat



Der Generalsekretär des Parlaments, Philippe Schwab, erklärt Marc den Ablauf der Vereidigung.

Bundesratsfeiern

Die Bundesratsfeiern fanden statt in Uetendorf, Fribourg und hier auf dem Bild in Delémont.



unsere vierte Landessprache die grosse Bühne. So wurde etwa das Resultat der Bundesratswahlen in rätoromanischer Sprache bekanntgegeben.

Als Ständeratspräsidentin wurde Brigitte Häberli-Koller gewählt. Die erfahrene Thurgauerin ist ebenfalls Mitglied der Mitte.EVP-Fraktion und politisiert seit 2003 in Bundesbern. Wir gratulieren auch hier zur jeweiligen Wahl und wünschen gutes Gelingen.

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Nik Gugger

[Interpellation: Gesundheitsgefährdung durch Kunststoff und Plastik-Abfall >>>](#)

[Interpellation: Wie werden die überregionalen Leistungen grösserer ausser-schulischer MINT-Lernorte vom Bund unterstützt? >>>](#)

[Interpellation: Beitrag der Schweiz zur Lösung des Plastik-Abfall-Problems >>>](#)

[Interpellation: Erstellung von Guidelines bei der Beschaffung im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen im IKT-Bereich >>>](#)

[Fragestunde: Weniger Bürokratie für die Umsetzung der Energiewende >>>](#)

[Fragestunde: Wann werden die Untersuchungsergebnisse zu per- und polyfluorierten Alkylverbindungen \(PFAS\) bzw. zu Trifluoressigsäure \(TFA\) im Grund- und Trinkwasser publiziert, Stoffen, die in der EU demnächst verboten werden sollen? >>>](#)

Lilian Studer

[Motion: "Swiss Sport Integrity" auch als Melde- und Untersuchungsstelle für Nicht-Mitglieder von Swiss Olympic im Leistungsbereich zugänglich machen >>>](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

[Link Vorstösse Marc >>>](#)

Ukrainischer Botschafter Artem Rybchenko beendet Mandat in der Schweiz

Während Monaten standen Nik und Artem Rybchenko in täglichem Kontakt und loteten die politischen Handlungsmöglichkeiten aus. Anlässlich der Buch-Vernissage dankte der scheidende Botschafter seinem Freund Nik, sowie der EVP im Namen des ukrainischen Volkes noch einmal ganz herzlich für das grosse Engagement.



Als Co-Chairman der Schweizerisch-Ukrainischen Parlamentariergruppe verabschiedete Nik Botschafter Artem Rybchenko und dessen Frau.

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger
Lilian Studer
Marc Jost

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

